

Christian Zeller

Ökologische Schuld anerkennen und fossile Industrie zurückbauen

Ansätze zur Überwindung der Klimakatastrophe

Die Debatten über die Maßnahmen der Begrenzung der Erderhitzung fokussieren oft auf die nationale Ebene. Das Konzept der CO₂-Budgets dient dazu klarzumachen, wie viele Treibhausgase ein Land theoretisch noch emittieren dürfte, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Deutschland beispielsweise müsste lt. SRU 2022 seine Emissionen auf maximal 3,1 Gt CO₂ begrenzen, um gerade noch (mit 50 %) dem Paris-Abkommen zu entsprechen. Würden fortan die Emissionen linear auf null reduziert, müsste Deutschland bereits im Jahr 2031 CO₂-neutral sein, um dem 1,5°C-Erwärmungsziel zu entsprechen.

Doch wenn wir das historische Erbe der bisherigen Treibhausgasemissionen Deutschlands im globalen Vergleich berücksichtigen würden, dann hätte Deutschland sein Budget längst aufgebraucht und müsste den armen und peripheren Ländern umfangreiche Kompensationszahlungen leisten (Siehe bei Helmut Selinger). Diese Überlegungen sind für die politische Auseinandersetzung wichtig. Zugleich ist zu beachten, dass das Klimasystem nicht in nationalen Containern funktioniert, sondern als globale Gesamtheit. Gleichermaßen sollten wir die Klimabewegung zunehmend global verbunden organisieren.

Die Erderhitzung lässt sich nur durch eine weltweit koordinierte solidarische Strategie wirksam begrenzen. Eine solidarische Perspektive steht allerdings vor der Herausforderung, angemessene Antworten auf die höchst ungleiche Verantwortung für die Erderhitzung und Betroffenheit gegenüber den Konsequenzen der klimatischen Veränderungen zu konzipieren. Hierzu muss sie ein Verständnis für die grundsätzlich ungleiche Entwicklung des Kapitalismus entwickeln und sich in die Lage versetzen, sowohl auf regionaler und nationaler Ebene wirkungsmächtig zu werden als auch eine wirklich globale Politik der Klimagerechtigkeit zu entwickeln.

Klimagerechtigkeit – globale Solidarität

Der Erderwärmung stellt die gesamte Weltgesellschaft vor die Herausforderung, die Produktion und Reproduktion innerhalb kurzer Frist so zu organisieren, dass sie höchstens so viel CO₂ emittiert, wie die Natur wieder absorbieren kann. Das erfordert einen radikalen Umbau des gesamten Wirtschaftssystems auf globaler Ebene (siehe hierzu meine weiteren Überlegungen in Zeller 2020). Zugleich gilt es zu be-

denken, dass das Wachstum des Kapitals – die Akkumulation des Kapitals – von zwei Seiten begrenzt wird.

Einerseits stößt die kapitalistische Produktionsweise zunehmend an innere Grenzen, die eine weitere uneingeschränkte Akkumulation erschweren (Chesnais, 2026). Bislang vermochte das Kapital die Hürden, die es sich aufgrund seiner eigenen Widersprüche errichtete, immer wieder zu überwinden. So konnte der Widerspruch zwischen Mehrwertsteigerung und der Begrenzung der Nachfrage immer wieder zeitlich verschoben und räumlich verlagert werden, indem neue Investitionsfelder und Märkte erschlossen wurden (Harvey, 2014). Doch wo sind die neuen Territorien, Märkte und Technologien, die der kapitalistischen Produktionsweise wieder einen umfangreichen Wachstumsimpuls und beträchtliche Produktivitätssteigerungen ermöglichen würden? Diese sind nicht in Sicht.

Auch ÖkonomInnen in den hegemonialen Wirtschaftswissenschaften stellen sich zunehmend diese Frage und diagnostizieren eine lang anhaltende Stagnation (Eggertsson, et al. 2016). Andererseits stößt die Kapitalakkumulation an die natürlichen Grenzen der Kugelfläche Erde. Nicht nur sind die Ressourcen begrenzt, noch relevanter ist, dass sich die Senkenkapazität erschöpft. Die menschliche Gesellschaft kann schlicht nicht mehr Treibhausgase emittieren, ohne umfassende Katastrophen hervorzurufen.

Diese beiden Grenzen der Kapitalakkumulation sind bei jeder strategischen Überlegung zu gesellschaftlichen Alternativen zu bedenken. Die kapitalistische Produktionsweise unterliegt einem Wachstumszwang, einem Zwang zur Kapitalakkumulation. Die entscheidende Frage angesichts dieser Grenzen lautet nun, ob es – wie bereits mehrfach seit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise – gelingt, die genannten Grenzen abermals weiter hinauszuschieben. Auf dieser Hypothese beruhen alle Vorstellungen eines grünen Kapitalismus. Dieser würde allerdings nur funktionieren, wenn die Profitraten in den grünen Wirtschaftsbereichen mindestens so hoch wären wie in den herkömmlichen Sektoren. Zudem stieße auch ein grüner Kapitalismus an die natürlichen Grenzen, vor allem wenn wir die weltweite Dimension beachten.

Ein ökosozialistisches Programm in Europa muss der weltweiten Dimension der kapitalistischen Gesellschaft Rechnung tragen. Die kapitalistische Weltwirt-

schaft ist eine wirkungsmächtige Gesamtheit mit zahlreichen räumlichen und sektoralen Differenzierungen (Chesnais, 2016). Die kapitalistische Produktionsweise entwickelt sich gesellschaftlich und räumlich extrem ungleich und schafft immer wieder neue Ungleichheiten. Eine fein zergliederte und hierarchische internationale Arbeitsteilung sowie die Konzentration von hochwertigen Tätigkeiten in wenigen privilegierten Regionen der Welt führen zu intensiven Verflechtungen und einer äußerst ungleichen Arbeitsteilung. Die kapitalistische Produktionsweise ist nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern auch ein Herrschaftssystem. Die Konzerne und Staaten der imperialistischen Länder trachten erneut danach, sich natürliche Ressourcen und menschliche Fähigkeiten mit brutaler Gewalt anzueignen. Dabei kommen sie sich auch gegenseitig in die Quere.

Die globale Erwärmung, verursacht durch die kapitalistische Wachstumslogik, die sich fortwährend weitgehend auf fossile Energieträger stützt, sowie die ökologischen Verwüstungen und Kriege drohen das physische Überleben von Millionen von Menschen in Frage zu stellen. Es ist offensichtlich, dass gesellschaftliche Alternativen, die einigermaßen glaubwürdig sein wollen, global ausgerichtet sein müssen. Die Rückbesinnung auf das Nationale oder gar Regionale scheint kurzfristig verlockend zu sein, wäre aber verheerend.

Historisches Erbe der Treibhausgasemissionen und ungleiche Entwicklung

Die Länder in Europa, die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Neuseeland, wo sich die kapitalistische Produktionsweise früher durchgesetzt hat, sind für den Großteil der CO₂-Emissionen in den letzten 200 Jahren verantwortlich. Doch es bringt wenig, sich nur in Österreich, Deutschland, der Schweiz oder auch in ganz Europa für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen einzusetzen. Die frühindustrialisierten reichen Länder haben ihre Treibhausgase auch reduziert, indem die Konzerne Produktionsschritte auslagerten und die Produktionsprozesse zur Herstellung importierter Waren anderswo Treibhausgas emittieren. Die gegenwärtige Geographie der Treibhausgasemissionen ist also auch ein Ergebnis der zunehmend feingliedrigeren internationalen Arbeitsteilung und globaler Wertschöpfungsketten. Die Geographie der Treibhausgasemissionen spiegelt in einem gewissen Sinne die Geographie der Produktionsprozesse wider. Dies zeigt in aller Deutlichkeit, und zwar auf globaler Ebene, dass alle Wertschöpfungsprozesse zugleich Stoffwechselprozesse mit der Natur sind.

Das zwingt uns, eine transnationale und globale Vision zu entwickeln. Die Klimabewegung muss deshalb die hiesigen Konzerne dazu bringen, die Treibhausgasemissionen auch anderswo, letztlich also auf globaler Ebene zu reduzieren. Das gilt ganz besonders für die

Finanzunternehmen, deren Finanzplatzierungsstrategien weltweit unter die Lupe zu nehmen und auf ihre Klimaverträglichkeit zu überprüfen sind.

Zugleich müssen wir uns aber auch mit der Tatsache befassen, dass gegenwärtig und in naher Zukunft ein Großteil der Treibhausgasemissionen von China aus emittiert wird. Letztlich zählt jede reduzierte Tonne Treibhausgasemissionen. Daher gibt es aufgrund der enormen Dringlichkeit keinen Grund zuzulassen, dass sich China, Russland und andere stark emittierende Länder wie etwa die erdölexportierenden Staaten am arabisch-persischen Golf aus der Verantwortung stehlen. Die internationale Klimabewegung muss überlegen, wie sie Klimabewegungen in eben diesen Ländern unterstützen kann, damit diese dort das gesellschaftliche Bewusstsein und das politische Kräfteverhältnis nachhaltig verändern können.

Die Gewerkschaften und die Klimabewegung stehen allerdings vor unermesslichen strategischen Herausforderungen. Nur wenn es ihnen gelingt, sich transnational und global zu verbinden und dabei nicht nur regionale und nationale, sondern auch transnationale und globale Strategien zu entwickeln, werden sie es schaffen, den erforderlichen gesellschaftlichen und politischen Umbruch herbeizuführen. Es ist eine besondere Herausforderung, eine Perspektive globaler Klimagerechtigkeit zwischen den reichen kapitalistischen Metropolen und den armen peripheren Ländern zu entwickeln. Wie eine solche Perspektive konkret aussehen kann, lässt sich zu diesem Zeitpunkt bloß umreißen. Sie kann nur in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen konkretisiert werden. Dennoch lassen sich einige Eckpunkte einer Orientierung hin zu globaler Klimagerechtigkeit klar benennen.

Ungleicher ökologischer Tausch

Der Aufstieg von Westeuropa beruhte zu einem beträchtlichen Teil auf natürlichen Ressourcen und zwangsweise angeeigneter Arbeit von den kolonisierten und peripheren Ländern. Edelmetalle, Zucker, fossile Treibstoffe, Minerale, Gummi, Baumwolle, Tee und viele weitere landwirtschaftliche Erzeugnisse kamen allesamt durch zwangsweise ausgebeutete Arbeitskräfte in die Zentrumsländer. Die Dependenz- und jüngeren Imperialismustheorien zeigen auf, dass die reichen Metropolenländer auch nach der Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien in der Lage sind, durch ökonomische und politische Macht einen Reichtums-Transfer zu ihren Gunsten durchzusetzen. Verhältnisse des ungleichen Tauschs ermöglichen ihnen, die Preise für Rohstoffe und Arbeit in den peripheren Ländern zu drücken. Dank monopolartigen Strukturen ihrer spezialisierten Industrien können sie im Gegenzug hohe Preise für ihre Ware verlangen (Hickel, et al. 2022).

Solange die Arbeitsproduktivität und die Technologieintensität räumlich sehr ungleich entwickelt sind, werden unter kapitalistischen Bedingungen die produktiveren Unternehmen einen Vorteil genießen, wett-

bewerbsfähiger sein, die Preise eher bestimmen und einen Wertetransfer zu ihren Gunsten durchsetzen können. Das verschafft auch den Regionen und Ländern, in denen diese Unternehmen lokalisiert sind, einen Vorteil. Unternehmen in den frühindustrialisierten und imperialistischen Ländern trachten danach, Rohstoffe möglichst günstig zu beziehen und umweltbelastende Produktionsschritte auszulagern. Das Produktivitätsgefälle ist demnach auch mit einem ungleichen ökologischen Tausch verbunden (Hickel et al. 2022). Das Konzept des ökologisch ungleichen Tauschs besagt, dass nicht nur die ungleichen Beziehungen des Handels und das Lohngefälle, sondern auch die stofflichen Transfers zu beachten sind. Beispielsweise verlangt der Baumwollanbau Boden und Arbeitskräfte, Gemüse braucht viel Wasser. Gesundheitsschädigende Pestizide werden von Menschen versprüht. Auf diese Weise beziehen die imperialistischen Länder auch die Erzeugnisse der Natur in den peripheren Ländern und belasten die dortige Natur (Ajl, 2021: 14f).

Die ökonomisch ungleichen Verhältnisse haben also auch ihre ökologische Dimension. Darum ist es angemessen, von einer ökologischen Schuld der imperialistischen Länder gegenüber den abhängigen und peripheren Ländern zu sprechen. Das gilt ganz besonders für die Klimaschuld. Denn es sind die frühindustrialisierten und imperialistischen Länder, die mit dem Aufbau ihrer auf fossile Energieträger gestützten Industrie und dem entsprechenden Konsum für den Großteil der Treibhausgasemissionen auf dem Planeten verantwortlich sind. Dieser historischen Verantwortung ist Rechnung zu tragen und die daraus erwachsenden Klimaschulden sind zu begleichen (Ajl, 2021: 31, 151).

Das Konzept der ökologischen Schuld legt die ungleiche Aneignung und Einhegung der weltweiten Kapazitäten, die Treibhausgase zu absorbieren, offen. Es verbindet diese mit den ungleichen Konsequenzen für die Entwicklungsmöglichkeiten der Länder und Regionen. Das Konzept berücksichtigt, dass die kapitalistische Produktion und der Konsum die Senken-Kapazität der Erde für Abfall, einschließlich des atmosphärischen Abfalls in Form der Treibhausgase, längst überschritten hat. Aufgrund der sehr ungleichen Betroffenheiten und Belastungen für die Konsequenzen der Klimaveränderungen ist es angemessen, den imperialistischen Ländern eine Adaptionsschuld für die Maßnahmen zur Anpassung an die Erderhitzung in den armen und peripheren Ländern aufzuerlegen (Ajl, 2021: 151).

Gerechte oder solidarische Handelsbeziehungen sind unter kapitalistischen Bedingungen unmöglich. Dennoch ist es sinnvoll, eine auf sozial-ökologischen Umbau ausgerichtete Handels- und Investitionspolitik durchzusetzen, die auf verbindliche soziale und ökologische Regulierungen setzt. Sie verpflichtet die Unternehmen, die Organisation der globalen Wertschöpfungsketten offenzulegen. Dazu zählen auch

die Information der Öffentlichkeit über Arbeits-, Sozial-, und Umweltstandards. Sie fördert den Austausch und den freien Zugang zu wissenschaftlichem Wissen und technischem Erfahrungswissen und ermuntert damit zu gemeinsamen Lernprozessen jenseits der Wettbewerbslogik. Open-Source-Systeme, Saatgut-Austauschprogramme und Patent-Pools sowie eine offene Lizenzpolitik zur Förderung von Innovation und des Zugangs zu Arzneimitteln können Ansätze in diese Richtung sein. Patente auf Leben sind auszuschließen.

Perspektivisch geht es darum, die Profitlogik einzudämmen und zurückzudrängen. Letztlich führt aber auch eine sozial-ökologische Handelspolitik zur Kollision mit dem Eigentum über Produktionsmittel.

Das Patentsystem und die mit ihm einhergehenden Eigentumsmonopole für Energietechnologien müssen abgeschafft werden. Es gilt die frühindustrialisierten Staaten dazu zu verpflichten, den armen und peripheren Ländern die Nutzung von Technologien für erneuerbare Energien und die Steigerung der Energieeffizienz zu überlassen. Die für eine nachhaltige Entwicklung aller Menschen unabdingbaren Technologien und finanziellen Ressourcen sind an jene zu transferieren, die sie benötigen.

Investitionsprogramme und Fonds zur Finanzierung des Umbaus

Da die frühindustrialisierten Länder insgesamt wesentlich mehr Treibhausgase emittiert haben, sind sie verpflichtet, umfangreiche finanzielle Mittel für einen globalen Klimafonds zur Verfügung zu stellen. Die reichen Länder haben auch die "Verluste und Schäden" zu decken, welche die durch sie verursachte globale Erwärmung in den armen Ländern hervorruft. Allerdings werden die Beschlüsse der Regierungen auf den internationalen Klimakonferenzen diesem Anspruch nicht einmal ansatzweise gerecht.

Auf der UN-Klimakonferenz COP 16 in Cancún wurde beschlossen, einen Green Climate Fund mit Sitz im südkoreanischen Incheon einzurichten. Dieser soll ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für Projekte zur Minderung der Treibhausgasemissionen und zur "Anpassung an den Klimawandel" bereitstellen. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 legte fest, dass dieser Green Climate Fund als zentrale Institution für Finanztransfers von den frühindustrialisierten Ländern agieren solle. Die frühindustrialisierten und imperialistischen Länder sind ihren Verpflichtungen für diesen Fonds bis heute nicht nachgekommen.

Die UNCTAD fordert in ihrem Handels- und Entwicklungsbericht von 2019 einen "Global Green New Deal". Um den erforderlichen Umbau von Industrie und Landwirtschaft in den abhängigen peripheren Ländern voranzutreiben, seien jährlich zwei bis drei Billionen Dollar (bis zu 2,7 Billionen Euro) an produktiven Investitionen nötig. Mit diesen würden aller-

dings nur die grundlegendsten der bis 2030 angestrebten UN-Entwicklungsziele erreicht (UNCTAD 2019: 25).

Die UNCTAD führt Studien an, die schätzen, dass eine rasche Dekarbonisierung der Wirtschaft zusätzliche Investitionen in der Höhe von 1 bis 2 Prozent des weltweiten BIP während mehrerer Jahrzehnte erfordere (UNCTAD 2019: 53). Dieser Vorschlag ist aufzugreifen. Wenn die frühindustrialisierten Länder jährlich mindestens 2 Prozent des BIP in einen globalen Fonds des sozial-ökologischen Umbaus einzahlen würden, entspräche das im Jahr 2018 einem Betrag von knapp 1 Billion US-Dollar. Allein die europäischen Länder brächten bereits 400 Milliarden US-Dollar zusammen.⁶⁷ Wenn auf die Rüstungsausgaben verzichtet würde, könnte leicht ein doppelt so hoher Betrag gestemmt werden. Ein ausreichend ausgestatteter Fonds wäre in der Lage, den klimafreundlichen Umbau in den armen Ländern substanziell mitzufinanzieren. Entscheidend hierbei sind allerdings zwei Aspekte:

Erstens müssen die Mittel für diesen Fonds über eine progressive Steuer auf hohe Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne erhoben werden. *Zweitens* ist ein derartiger Fonds unter demokratische Kontrolle zu stellen. Hierfür müssten sich Delegierte von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aus den Geber- und Empfängerländern ein Vetorecht in den Entscheidungsprozessen über die Vergabe von Mitteln erkämpfen.

Der Handels- und Entwicklungsbericht der UNCTAD führt an, dass nationale Entwicklungsbanken und andere direkte Kreditinstitutionen normalerweise geeignet seien, langfristige Investitionen zu tragen. Nationalbanken könnten als Kreditgeber letzter Instanz einspringen. Die destabilisierenden Finanzmärkte seien einzudämmen und auf ihre gesellschaftlich nützliche Funktion der Finanzierung produktiver Investitionen zurückzustützen. Das erfordere ergänzende Maßnahmen einschließlich internationaler Kapitalverkehrskontrollen, Wechselkursmanagement und Überwachung von Bankfusionen unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Stabilität sowie internationaler Vereinbarungen zur Lösung der Staatsschuldenkrise, um räuberische Verhaltensweisen an den Finanzmärkten zu vermeiden (UNCTAD, 2019: 53). Diesen Befunden und Empfehlungen kann man in einer internationalen sozial-ökologischen Perspektive durchaus zustimmen, ohne sich jedoch damit zu begnügen. Eine solidarische Finanzierung des ökologischen Umbaus ist eine zentrale Voraussetzung, um die breite Masse der Lohnabhängigen, Bäuerinnen und Bauern, Prekären und Kleinst-UnternehmerInnen in den abhängigen und peripheren Ländern für eine sozial-ökologische Transformation als Schritt zu einem öko-sozialistischen Umbruch zu gewinnen.

Schuldenerlass

Seit den 1980er-Jahren, als die Deregulierung des Finanzsektors die finanzielle Globalisierung anheizte, hat sich der globale Schuldenstand von 16 Billionen US-Dollar 1980 auf 213 Billionen US-Dollar 2017 verdreizehnfacht. Die globale Verschuldung stieg von 140 Prozent des BIP 1980 auf 262 Prozent des BIP im Jahre 2017. Dabei schwollen die privaten Schulden gar von 12 Billionen US-Dollar auf 145 Billionen US-Dollar an. In den Entwicklungsländern mit höheren Einkommen, also den sogenannten aufstrebenden Ländern, stiegen die privaten Schulden etwa seit dem Jahr 2000 ganz besonders stark. Und seit 2014 schossen sie in diesen Ländern regelrecht in die Höhe. Der Anteil privater Schulden am BIP in den entwickelten Ländern stieg von 115 Prozent im Jahr 1980 auf über 200 Prozent 2017. Diese Verschuldung hat allerdings kaum produktive Investitionen für ein beständiges Wachstum ausgelöst, sondern den Finanzsektor mit allen denkbaren Spekulationsformen aufgebläht. Auf globaler Ebene haben sich die öffentlichen Schulden seit der Krise 2008/09 verdoppelt und beliefen sich 2017 auf 84 Prozent des globalen BIP. Infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise stieg der Anteil der öffentlichen Schulden in den frühindustrialisierten Ländern nach einer stabilen Phase auf über 100 Prozent des BIP an (UNCTAD, 2019: VIII, 74f). Die Corona-Pandemie, die massiven Aufrüstungsprogramme, der russische Besatzungskrieg gegen die ukrainische Bevölkerung und die internationale Nahrungsmittel- und Hungerkrise treiben diese Verschuldung zusätzlich in die Höhe.

Generell ist die Verschuldung in den frühindustrialisierten Ländern wesentlich höher als in den sogenannten Entwicklungsländern. In den Entwicklungsländern mit höherem Einkommensniveau ist die private Verschuldung mit 200 Prozent des BIP deutlich höher als in jenen mit mittleren und niedrigen Einkommen. Das ist Ausdruck der stark angestiegenen Verschuldung der Unternehmen und der Haushalte. In den ärmsten Entwicklungsländern hingegen übersteigt die öffentliche Verschuldung die private deutlich. Sie beläuft sich derzeit auf bloß 50 Prozent des BIP. Allerdings – und das ist wesentlich, um die Abhängigkeitsverhältnisse zu verstehen – verdoppelten sich die gesamten externen Schulden aller sogenannten Entwicklungs- und Transitionsländer zwischen 2000 und 2008 auf 4,5 Billionen US-Dollar und stiegen bis 2018 gar auf 9,7 Billionen US-Dollar (UNCTAD, 2019: 11). Das schränkt den Spielraum dieser Länder für öffentliche Investitionen in ein sozial-ökologisches Umbauprogramm massiv ein. Selbst die UNCTAD argumentiert, dass die Spielregeln der internationalen Wirtschaft umgeschrieben werden müssen. Die ärmsten Länder sollten aus der Schuldenfalle befreit werden (UNCTAD, 2019: 100).

67) 2018 betrug das BIP der "entwickelten Länder" rund 49,2 Billionen US-Dollar, das der europäischen Länder 19,9 Billionen US-Dollar und das globale BIP 85,3 Billionen US-Dollar (UNCTAD STAT, unctadstat.unctad.org).

Eine Überprüfung der Schulden in den armen und peripheren Ländern durch demokratisch legitimierte Kontrollinstanzen unter Beteiligung von Gewerkschaften und Basisorganisationen, also ein Schuldenaudit, sollte eine zentrale Forderung der internationalen Klimabewegung sein. Auf dieser Basis könnte ein Erlass der schändlichen und illegitimen Schulden durchgesetzt werden. Nur mit einem weitgehenden Schuldenerlass können sich die besonders schwer verschuldeten öffentlichen Körperschaften – also Gemeinden, Städte, Provinzen und Nationalstaaten – von der Last der "ewigen" Zinszahlungen befreien und damit überhaupt in die Lage versetzen, den sozial-ökologischen Umbau ihrer Wirtschaft voranzutreiben.

Globale Produktionsnetzwerke ökologisch umbauen

Die Wertschöpfungsketten und der internationale Handel, der zu einem wachsenden Teil Handel von Zwischenprodukten ist, sind nicht nur Kanäle des Wertetransfers, sondern auch des Transfers von Substanzen und Material mit damit einhergehenden ökologischen Konsequenzen. Darum sind die globalen Produktionsnetzwerke in ihrer Gesamtheit hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Umwelt zu überprüfen.

Die Treibhausgasemissionen in den frühindustrialisierten Ländern sind in anderthalb Jahrzehnten auf null zu reduzieren. Allerdings genügt das nicht, wenn hiesige Konzerne in anderen Teilen der Welt weiterhin für enorme Emissionen verantwortlich sind. Paradox wäre es, wenn diese Konzerne ihre Emissionen hier reduzierten, eine CO₂-Steuer oder andere Umweltabgaben bezahlten und gleichzeitig anderswo weiterhin emittierten.

Jede Wertschöpfungskette ist gleichermaßen ein System der Mehrwerterzeugung und des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur.

Wenn Gewerkschaften und Umweltverbände an den verschiedenen Standorten eines globalen Produktionssystems feststellen könnten, wo welche Werte erzeugt und wo wie viele Emissionen verursacht werden, könnten sie durch transnationale Kooperation auch Druck auf die Konzerne und die betroffenen Staaten ausüben, um die Prozesse gemäß sozialer und ökologischer Anforderungen neu zu organisieren. Eine derartige gemeinsame Kontrolle der Organisation von Produktionsnetzwerken durch die Lohnabhängigen und Umweltorganisationen wäre ein wichtiger Schritt auf einem Weg, der zur gesellschaftlichen Aneignung einzelner Niederlassungen dieser Konzerne durch die örtliche Bevölkerung führen kann.

Die Menschen in den Regionen, die von derartiger Ausbeutung und vom Raubbau an der Natur betroffen sind, müssen finanziell entschädigt werden. Die Konzerne, die diese Produktionsstrukturen errichtet haben und jahrelang ihre Profite aus den billigen Arbeitskräften und der Zerstörung der Natur gezogen haben, sind in die Verantwortung zu nehmen. Dies ist nur möglich, wenn es gelingt, das hierfür erforderliche internationale Kräfteverhältnis aufzubauen.

Das erfordert eine enge internationale Kooperation von Gewerkschaften, Umwelt-, Menschenrechts- und Frauenorganisationen und die Entwicklung einer gemeinsamen Forderungsperspektive.

Den Konzernstrategien der industriellen Restrukturierung, die auf die Maximierung des Profits und des *shareholder value* abzielen, muss eine ausgehandelte Organisation der kooperativen Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Innovations- und Produktionssystemen entgegengestellt werden. Das ist nur möglich, wenn diese Innovations- und Produktionssysteme unter demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle stehen und ihre wirtschaftlichen Ziele demokratisch ausgehandelt werden können. Damit stellen wir allerdings eine Herausforderung an Wirtschaftsplanung. Diese koordinierte Planung auf europäischer und transnationaler Ebene, deren Maßnahmen und Ziele die Lohnabhängigen als Beschäftigte und BürgerInnen aushandeln, muss die Seiten der Wertproduktion und des Stoffwechsels mit der Natur gleichermaßen berücksichtigen. Die gesellschaftliche Aneignung der Investitionsentscheidung kollidiert grundsätzlich mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln. Die private Verfügungsgewalt über die großen und strategischen Produktionsmittel kann nicht länger ein Tabu bleiben (vgl. Devine, 1988, 2002; Zeller, 2010: 22). Gestützt auf starke soziale Bewegungen ist es auch möglich, ganze Konzerne und Produktionssysteme auf internationaler Ebene zu vergesellschaften. Derartige Prozesse der demokratischen Kontrolle und gesellschaftlichen Aneignung sind eine unabdingbare Voraussetzung für einen weitergehenden öko-sozialistischen Umbruch.

Produktion unter gesellschaftlicher Kontrolle umstellen

Die hier erörterten Herausforderungen einer global solidarischen Orientierung müssen in den Aktivitäten und Kampagnen der Klimabewegung und in einer praktischen Organisation großer Teile der Lohnabhängigen ihren konkreten Ausdruck finden (vgl. hierzu die Vorschläge in Zeller, 2021). Trotz riesiger Mobilisierungen in den letzten Jahren vermochte die Klimabewegung die Kräfteverhältnisse nicht wirklich substanziell zu verändern. Die fossile Wirtschaft setzt ihre Projekte weiterhin durch und sieht im Zuge des russischen Besatzungskriegs gegen die ukrainische Bevölkerung sogar die Chance auf umfassende Erweiterungsinvestitionen im Gassektor. Die ökologischen und gesellschaftlichen Krisen häufen sich. Die zunehmend abrupten Wendungen der gesellschaftlichen Entwicklungen stellen ökosozialistische Kräfte und alle fortschrittlichen sozialen Bewegungen vor sehr grundlegende strategische Herausforderungen (Zeller, 2022). Die Klimabewegung und darin die öko-sozialistischen Strömungen müssen sich dringend transnational verbinden und eine gemeinsame Orientierungs- und Strategiedebatte eröffnen.

Die weltweit agierenden fossilen Konzerne sind in den Fokus zu nehmen. Es ist zu überlegen, wie breitenwirksame transnationale Kampagnen für die Enteignung dieser Konzerne und deren demokratische gesellschaftliche Aneignung geführt werden können. Die Vergesellschaftung ist Voraussetzung für einen Rückbau des fossilen Sektors, so dass die Ökologisierung der Produktion nicht zu Massenentlassungen und Verarmungsprozessen führt. Die Vergesellschaftung ermöglicht die Umwandlung von Unternehmen, die fossile Brennstoffe herstellen, in Anbieter erneuerbarer Energien. Dies muss mit einer weitgehenden Dezentralisierung der Energieumwandlung und -versorgung einhergehen (Zeller, 2020).

Die Vergesellschaftung der fossilen Industrien bringt eine teilweise Enteignung der Finanzunternehmen mit sich, die ihr Kapital im großen Stil in Kohle-, Öl- und Gaskonzernen angelegt haben. Das ist zugleich ein wichtiger Schritt zur gesellschaftlichen Aneignung des gesamten Finanzsektors. Das wirft die Frage auf, was mit den Alterssparguthaben der Millionen von Lohnabhängigen geschieht, die vermittelt durch die Pensionsfonds in der fossilen Industrie auf stabilen und großen Zinserträgen beruhen. Das heißt mit einer gesellschaftlichen Aneignung und dem Rückbau der fossilen Industrie stellt sich konsequenterweise auch die Aufgabe, die kapitalgedeckten Altersvorsorgesysteme in öffentlich kontrollierte und umlagefinanzierte Rentensysteme umzubauen. Diese konkrete Stoßrichtung würde es der Klimabewegung erlauben, wichtige soziale Belange, globale Gerechtigkeit mit der Defossilisierung der Gesellschaft zu verknüpfen.

Quellen

Ajl, Max (2021): A People's Green New Deal. London: Pluto Press, 216 S.

Chesnais, François (2016): Finance Capital Today. Corporations and Banks in the Lasting Global Slump. Historical Materialism 131. Leiden, Boston: Brill, 310 S.

Devine, Pat (1988): Democracy and Economic Planning. The Political Economy of a Self-governing Society. Boulder, Colorado: Westview Press, 306 S.

Devine, Pat (2002): Participatory Planning Through Negotiated Coordination. Science & Society 66 (1), S. 72-85

Eggertsson, Gauti B.; Mehrotra, Neil R. und Summers, Lawrence H. (2016): Secular Stagnation in the Open Economy. American Economic Review 106 (5), S. 503-07.
<http://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/aer.p20161106>

Harvey, David (2014): Seventeen contradictions and the End of Capitalism. London: Profile Books, 338 S.

Hickel, Jason; Dorninger, Christian; Wieland, Hanspeter und Suwandi, Intan (2022): Imperialist appropriation in the world economy: Drain from the global South through unequal exchange, 1990–2015. Global Environmental Change 73 2022/03/01, S. 102467.
<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S095937802200005X>

SRU (2022): Wie viel CO₂ darf Deutschland maximal noch ausstoßen? Fragen und Antworten zum CO₂-Budget, Juni, Sachverständigenrat für Umweltfragen: Berlin, 28 S.
https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2020_2024/2022_06_fragen_und_antworten_zum_co2_budget.pdf.

UNCTAD (2019): Trade and Development Report 2019. Financing a Global Green New Deal, United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), United Nations Publications: New York, 173 S.

Zeller, Christian (2010): Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftliche Aneignung. Demokratisierung durch gesellschaftliches Eigentum und partizipative Planung. Theorie und Praxis sozialer Emanzipation (SoZ+) 2 (September), S. 12-25

Zeller, Christian (2020): Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. München: Oekom Verlag, 248 S.

Zeller, Christian (2021): Ökosozialistische Strategie: industrieller Umbau als gemeinsames Projekt von Klimabewegung und Gewerkschaften. 30. Dezember 2021.
<https://www.isw-muenchen.de/2021/12/oekosozialistische-strategie-industrieller-umbau-als-gemeinsames-projekt-von-klimabewegung-und-gewerkschaften/>. Zugriff

Zeller, Christian (2022): Abrupte Wendungen verstehen. Revolutionäre ökosozialistische Strategien auf erhitzter Erde in verdichteter Zeit. Emanzipation 6 (1) 24. März.
<https://emanzipation.org/2022/03/abrupte-wendungen-verstehen>

Die Autoren

Garnreiter, Franz
Dipl. Volkswirt, Autor,
Mitglied der isw-Redaktion

Neelsen, John. P.
Prof. Dr. Soziologie, Gast-Autor des isw

Sabautzki, Willy
Dipl.-Soziologe, Energie-Management-Berater,
isw-Redaktionsleitung

Selinger, Helmut
Dr. Diplom-Physiker, Mitglied der isw-Redaktion

Zeller, Christian
Univ.-Prof. Wirtschaftsgeographie,
Global Studies, Autor

F. Garnreiter | J. P. Neelsen | W. Sabautzki | H. Selinger | Ch. Zeller

Vom "Rio-Erdgipfel" bis Glasgow
**30 Jahre in Etappen in die
Klimakatastrophe**



Schutzgebühr: 4,00 Euro

ISW _____ **REPORT** _____ **NR.129**
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.